

# Solidaritäts-Komitee der DDR : Apartheid : "No"

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Solidaritäts-Komitee der DDR: Apartheid: «No»**

In der Reihe «Für Antiimperialistische Solidarität gibt das obenstehende Komitee eine Broschüre (1973) heraus, die zeigt, wie eng die Beziehungen zwischen den imperialistischen NATO-Partnern, USA, Großbritannien, Frankreich, wie auch BRD und dem südafrikanischen Apartheid-Staat noch immer geblieben sind.

Die verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen haben sich seit der Gründung der Weltorganisation wiederholt mit den gefährlichen Auswirkungen der faschistischen Apartheidspolitik auf das internationale Geschehen befaßt. Der UNO-Sicherheitsrat hat bereits 1963 alle Staaten aufgerufen, den Verkauf und Transport von Waffen, Munition und militärischen Transportmitteln in die Republik Südafrika zu beenden. Ohne Erfolg, weil die Bundesgenossen, die wir oben erwähnten, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen im südlichen Afrika zu sichern, die südafrikanische Politik begünstigen.

Unsere Leser dürfte im Zusammenhang mit dem Bericht (Seite ...) aus Namibia interessieren, wie stark die Stellung der BRD-Monopole im ehemaligen, unrühmlich bekannten Deutsch-Südwestafrika neuerdings ist, dank dem Eintreten der deutschen, sogenannt sozial-liberalen Regierung für Südafrika. Die Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft, sowie die Lübbert- und Zoellner Gruppe, um nur diese zu nennen, gehören zu den Konzernen mit den weitaus größten Kolonial«erfahrungen» in Namibia. Sie sind eng liiert mit südafrikanischem Kapital und halten beherrschende Positionen in zahlreichen südafrikanischen Industrieunternehmen. Als Ziel der Expansionspolitik der BRD-Monopole in Namibia werden vor allem zwei Aufgaben genannt:

1. Stärkung ihrer wirtschaftlichen Positionen;
2. Unterstützung des südafrikanischen Regimes als Garant der politischen Rahmenbedingungen für Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner im Interesse der Monopole.

Die Broschüre, die ein reichhaltiges und einwandfrei belegtes Material enthält, kann vom Solidaritätskomitee der DDR, 108 Berlin, Thälmannplatz 8/9, angefordert werden. Red.

---

Wir möchten nicht unterlassen, Leser und Freunde an unsere **Herbsttagung vom 3. November im Gewerkschaftshaus VHTL**, beim Bahnhof Zürich-Wiedikon, zu erinnern.

**Beginn 9.30 Uhr. Es spricht**

**Prof. Dr. THEO GINSBURG:**

**«Welche Verantwortung haben wir in der Gegenwart für die nächste Generation?»**

**Aussprache. Wer immer sich für das Thema interessiert, ist willkommen.**

**Redaktion «Neue Wege»**